

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 20/0030/WP18
Federführende Dienststelle: FB 20 - Fachbereich Finanzsteuerung		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 08.04.2021
		Verfasser/in: Herr Clahsen
Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses vom 02.03.2021: öffentlicher Teil		
Ziele: Klimarelevanz keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
08.06.2021	Finanzausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Finanzausschuss genehmigt die Niederschrift über die Sitzung vom 02.03.2021 (öffentlicher Teil).

Anlage:

Niederschrift der Finanzausschusssitzung vom 02.03.2021 (öffentlicher Teil)

N i e d e r s c h r i f t
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Finanzausschusses

3. März 2021

Sitzungstermin:	Dienstag, 02.03.2021
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	18:09 Uhr
Ort, Raum:	Brüsselsaal, EUROGRESS Aachen, Monheimsallee 48, 52062 Aachen

Anwesende:

Ratsherr Boris Linden

Ratsherr Hermann Josef Pilgram

Ratsherr Harald Baal

Ratsherr Hans Leo Deumens

Ratsherr Wilhelm Helg

Ratsfrau Sophie Margarethe Kütke

Vertretung für: Ratsherr Jöran Stettner

Ratsherr Kaj Neumann

Ratsherr Peter Tillmanns

Vertretung für: Ratsherr Holger Kiemes

Herr Daniel Casper

«SINAME»

Ausdruck vom: 03.05.2021

Seite: 1/19

Frau Sabine Göddenhenrich-Schirk

Frau Doris Kurschilgen

Frau Claudia Plum

Herr Markus Plum

Frau Juliane Schlierkamp

Herr Markus Schmidt-Ott

Herr Dr. Richard Sinning

Ratsherr Matthias Achilles

Abwesende:

Ratsherr Holger Kiemes - entschuldigt -

Ratsherr Jöran Stettner - entschuldigt -

Ratsherr Tjark Zimmer - entschuldigt -

Frau Janine Eichberg - entschuldigt -

Herr Ludger Eickholt - entschuldigt -

Herr Rolf Kitt - entschuldigt -

Herr Joachim Moselage - entschuldigt -

Herr Dr. Andreas Nositschka - entschuldigt -

Frau Katja Pustowka - entschuldigt -

Ratsherr Markus Mohr - entschuldigt -

von der Verwaltung:

Frau Grehling (Dez. II)

Herr Kind (FB 20)

Herr Schoel (FB 20)

Herr Hermanns (FB 22)

als Schriftführer:

Herr Clahsen (FB 20)

«SINAME»

Ausdruck vom: 03.05.2021

Seite: 2/19

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung von Niederschriften: öffentlicher Teil**

- 2.1 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses vom 08.12.2020: öffentlicher Teil**
Vorlage: FB 20/0020/WP18

- 3 **Mitteilungen und Berichte: öffentlicher Teil**

- 4 **Satzung der Stadt Aachen über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Förderung von Kindern in Kindertagespflege im Sinne des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz), hier: Verlängerung der Beitragsabsenkung**
Vorlage: FB 45/0040/WP18

- 5 **Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen im Sinne des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz), hier: Verlängerung der Beitragsabsenkung**
Vorlage: FB 45/0041/WP18

- 6 **Wirtschaftsplan 2021 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gebäudemanagement der Stadt Aachen**
Vorlage: E 26/0003/WP18-1

- 6.1 **Wirtschaftsplan 2021 des Gebäudemanagements der Stadt Aachen - Anpassungen an den Entwurf des Haushalts 2021 -
Vorlage: E 26/0003/WP18-1-1**
- 7 **Entwurf Wirtschaftsplan 2021 der Volkshochschule Aachen
einschließlich mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2021 bis 2025
Vorlage: E 42/0008/WP18**
- 8 **Wirtschaftsplan für den Kulturbetrieb E 49 für das Wirtschaftsjahr 2021
Vorlage: E 49.5/0003/WP18**
- 9 **Wirtschaftsplan Eurogress Aachen 2021
Vorlage: E 88/0011/WP18**
- 10 **Haushaltsplanberatungen 2021 des Finanzausschusses
Vorlage: FB 20/0027/WP18**
- 11 **Gepürfter Jahresabschluss 2018/2019 von Stadttheater und Musikdirektion Aachen per
31.07.2019
Vorlage: E 46/47/0001/WP18**
- 12 **Ratsantrag Nr. 565/17 der Ratsfraktion der GRÜNEN vom 25.11.2019 zur Erweiterung der
Zielfeldkarte zum Haushalt um das Thema "Klimaschutz"**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Linden begrüßt die Anwesenden zur ersten Präsenz-Finanzausschusssitzung des Jahres 2021, nachdem bereits drei Online-Meetings durchgeführt worden seien. Mit Blick auf die pandemische Lage werde seinerseits eine möglichst rasche Durchführung der Sitzung angestrebt.

Für den 16.03.2021 sei bereits die nächste Sitzung geplant. Bei dieser handele es sich um die bündelnde Finanzausschusssitzung zu den Haushaltsplanberatungen.

Hinsichtlich der Tagesordnung weist Herr Linden darauf hin, dass der ursprünglich für diese Sitzung vorgesehene Tagesordnungspunkt „Wirtschaftsplan 2021 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Aachener Stadtbetrieb“ verwaltungsseitig zurückgezogen werde. Die Behandlung des Tagesordnungspunkts sei nunmehr für den 16.03.2021 vorgesehen. An diesem Datum tage auch der Betriebsausschuss.

Ratsherr Pilgram stellt für die Fraktion Die Grünen den Antrag den Tagesordnungspunkt „Haushaltsplanberatungen 2021 des Finanzausschusses“ nach der Kenntnisnahme der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe zu behandeln.

Diesem Antrag wird von Seiten des Ausschussvorsitzenden Herrn Linden nach Befragung der weiteren Sitzungsteilnehmer*innen und der Verwaltung entsprochen.

zu 2 Genehmigung von Niederschriften: öffentlicher Teil

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Finanzausschusses vom 08.12.2020: öffentlicher Teil

Vorlage: FB 20/0020/WP18

Frau Göddenhenrich-Schirk (sachk. Bürgerin) fragt an, ob hinsichtlich der Übernahme der Kosten des Impfzentrums durch das Land zwischenzeitlich eine Klärung erfolgt sei oder ob diese noch offen sei.

Frau Grehling erläutert, dass im ersten Schritt die Kosten von der Städteregion getragen würden. Im zweiten Schritt schließe sich die Erstattung der Kosten durch das Land an. Ob möglicherweise ein Teil der entstehenden Kosten nicht übernommen würden, könne zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden. Es sei aber grundsätzlich unstrittig, dass die Kosten vom Land übernommen werden.

Beschluss:

Der Finanzausschuss genehmigt bei zwei Enthaltungen, aufgrund Nicht-Anwesenheit, die Niederschrift über die Sitzung vom 08.12.2020 (öffentlicher Teil).

«SINAME»

Ausdruck vom: 03.05.2021

Seite: 6/19

zu 3 Mitteilungen und Berichte: öffentlicher Teil

Frau Grehling kündigt an, im nichtöffentlichen Teil der Sitzung detailliert über einzelne Aspekte der Haushaltsplanung berichten zu wollen.

Im Berichtswesen des öffentlichen Teils möchte sie zur Einhaltung der in Corona-Zeiten gebotenen Kürze lediglich darauf hinweisen, dass die Gewerbesteuer zum heutigen Stand ein Soll von 175 Mio. Euro aufweise und somit unter dem Vergleichssollstand des Vorjahres liege. Der Haushaltsansatz in Höhe von rund 195 Mio. Euro sei somit als eher optimistisch einzuordnen. Anpassungen in der laufenden Haushaltsplanung seien nach ihrer Einschätzung jedoch aktuell nicht erforderlich.

Vor dem Hintergrund einer Anfrage des Rats Herrn Pilgram zum Thema Wirkungsmessung Digitalisierung informiert Frau Grehling, dass das Projekt abgeschlossen sei. Eine Präsentation der Ergebnisse habe vor dem Hintergrund der notwendigen Reduzierung von Präsenzsitzungen in der Pandemie bisher nicht stattgefunden, der Projektbericht würde jedoch auf der Homepage der Stadt veröffentlicht werden.

Weitere Mitteilungen, beispielsweise zur Fortentwicklung der Städteregionsumlage oder einem neuerlichen Ratsantrag zur Darstellung der Klimarelevanz von Haushaltspositionen, würden anschließend in den jeweiligen folgenden Tagesordnungspunkten folgen.

zu 4 Satzung der Stadt Aachen über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Förderung von Kindern in Kindertagespflege im Sinne des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz), hier: Verlängerung der Beitragsabsenkung

Vorlage: FB 45/0040/WP18

Beschluss:

Der Finanzausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung bei einer Gegenstimme zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt vorbehaltlich der Empfehlung des Kinder- und Jugendausschusses dem Rat der Stadt Aachen zur Abmilderung der pandemiebedingten wirtschaftlichen Folgen für Familien befristet für das Kita-Jahr 2021/2022 die mit Ratsentscheid vom 17.06.2020 getroffenen Beitragsabsenkungen für die Inanspruchnahme der Förderung von Kindern in Kindertagespflege im Sinne des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz)

1. für Einkünfte bis 40.000 € keine Beiträge zu erheben und
2. für Einkünfte zwischen 40.000,01 € und 54.000 € nur den halben Beitrag (abgerundet halbiert) auf Grundlage der mit der 4. Änderungssatzung beschlossenen Beitragstabelle zu erheben, zu verlängern.

zu 5 **Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen im Sinne des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz), hier: Verlängerung der Beitragsabsenkung**
Vorlage: FB 45/0041/WP18

Beschluss:

Der Finanzausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung bei einer Enthaltung zustimmend zur Kenntnis und empfiehlt vorbehaltlich der Empfehlung des Kinder- und Jugendausschusses dem Rat der Stadt Aachen zur Abmilderung der pandemiebedingten wirtschaftlichen Folgen für Familien befristet für das Kita-Jahr 2021/2022 die mit Ratsentscheid vom 17.06.2020 getroffenen Beitragsabsenkungen für die Inanspruchnahme der Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen im Sinne des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz – KiBiz)

1. für Einkünfte bis 40.000 € keine Beiträge zu erheben und
2. für Einkünfte zwischen 40.000,01 € und 54.000 € nur den halben Beitrag (abgerundet halbiert) auf Grundlage der mit der 5. Änderungssatzung beschlossenen Beitragstabelle zu erheben,

zu verlängern.

zu 6 **Wirtschaftsplan 2021 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Gebäudemanagement der Stadt Aachen**

Vorlage: E 26/0003/WP18-1

zu 6.1 **Wirtschaftsplan 2021 des Gebäudemanagements der Stadt Aachen - Anpassungen an den Entwurf des Haushalts 2021 -**

Vorlage: E 26/0003/WP18-1-1

Frau Grehling gibt den Hinweis, dass Beschlüsse zu den Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe obligatorisch zu finanziellen Entscheidungen im bündelnden Finanzausschuss am 16.03.2021 führen würden, die in dieser Sitzung nochmals zur Diskussion gestellt werden könnten, so beispielsweise auch solche hinsichtlich des Betriebskostenzuschusses an das Gebäudemanagement.

Ratsherr Achilles merkt für die Fraktion Die Zukunft an, dass diese nicht mit der in der Vorlage aufgeführten Absenkung der Eigenkapitalquote des Gebäudemanagements einverstanden sei. Er kündigt daher an, den Wirtschaftsplan im Finanzausschuss zwar zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Seine Fraktion behalte sich jedoch vor, die Entscheidung im Rat nicht zu unterstützen.

Der Ausschussvorsitzende Herr Linden weist auf den ausgeteilten gemeinsamen Beschlussvorschlag der Fraktionen zu den Haushaltsplanberatungen 2021 hin. In diesem sei auf der zweiten Seite aufgeführt, dass eine Ergänzung zum Beschlussvorschlag aufgenommen werden solle. Die Verwaltung solle

«SINAME»

Ausdruck vom: 03.05.2021

Seite: 8/19

beauftragt werden, die Zweckbestimmung der im E 26 vorhandenen Rücklagen für die Unterbringung der Verwaltung um den Bereich der energetischen Sanierung zu erweitern. Im Vorfeld der Sitzung habe Herr Linden mit der Finanzsteuerung abgestimmt, den Beschlussvorschlag im Zusammenhang mit der Behandlung des Wirtschaftsplans des Gebäudemanagement einzubringen.

Zum Hintergrund erläutert Frau Grehling, dass der Finanzausschuss für die Zweckbestimmung der Rücklage das entscheidende Gremium sei, da dieser diese Sonderzuwendung aus den Rücklagen der Jahresabschlüsse gewährt habe. Die Frage der Verwendung sei selbstverständlich erheblich für den Wirtschaftsplan des Gebäudemanagements. Daher sei es empfehlenswert, den Vorschlag zur Erweiterung der Zweckbestimmung an dieser Stelle einzubringen.

Ergänzend sei darauf hinzuweisen, dass der Personal- und Verwaltungsausschuss Stellen im Zusammenhang mit der Thematik „Photovoltaik-Anlagen“ empfohlen habe. Dies würde aus finanzieller Sicht nur dann relevant, wenn sich eine direkte Folge auf den Betriebskostenzuschuss abgeleitet werden könne, was jedoch noch abschließend zu prüfen sei. Gegenwärtig könne die Relevanz aufgrund der Rentierlichkeit und folglich Haushaltsneutralität der Maßnahme nicht festgestellt werden.

Ratsherr Baal erläutert, dass gemäß Tagesordnung zunächst vorgesehen sei, die Haushaltsplanberatungen vor den Wirtschaftsplänen zu behandeln, so dass der Beschlussvorschlag dann schon eingebracht gewesen wäre. Es bestünde in jedem Fall kein inhaltlicher Dissenz, die Zweckbestimmung um den Bereich der energetischen Sanierung zu erweitern. Aus diesem Grund schlage er vor, die Einbringung des Beschlussvorschlages im Rahmen des Wirtschaftsplanes des E 26 vorzunehmen. Dies diene auch der unmissverständlichen Kommunikation zwischen Kernverwaltung, Finanzausschuss und dem Eigenbetrieb.

Frau Göddenhenrich-Schirk (sachk. Bürgerin) unterstützt den Vorschlag des Ratsherrn Baal, den Wirtschaftsplan des E 26 zur Kenntnis zu nehmen und die Verwaltung zu beauftragen, die Zweckbestimmung der vorhandenen Rücklagen zu erweitern.

Frau Grehling stellt klar, dass der Beschlussvorschlag präzise zu formulieren sei. Es handele sich um den Bereich der energetischen Sanierung von städtischen Nicht-Wohngebäuden.

Ratsherr Deumens habe die Thematisierung der Erweiterung der Zweckbestimmung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen erwartet. Für die Fraktion Die Linke möchte er gerne zu Protokoll geben, dass dem Antrag auf Erweiterung der Zweckbestimmung wie im Beschlussvorschlag formuliert nicht mitgetragen werde. Ungeachtet dessen könne der Wirtschaftsplan des E 26 zur Kenntnis genommen werden.

Beschluss:

Der Finanzausschuss der Stadt Aachen nimmt die Ausführungen zur Anpassung des Wirtschaftsplans 2021 des Gebäudemanagements der Stadt Aachen an den Entwurf des Haushalts 2021 der Stadt Aachen einstimmig zur Kenntnis.

Ferner wird die Verwaltung beauftragt, die Zweckbestimmung der im E 26 vorhandenen Rücklagen für die Unterbringung der Verwaltung um den Bereich der energetischen Sanierung von städtischen Nicht-Wohngebäuden zu erweitern.

**zu 7 Entwurf Wirtschaftsplan 2021 der Volkshochschule Aachen
einschließlich mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung 2021 bis 2025
Vorlage: E 42/0008/WP18**

Beschluss:

Der Finanzausschuss nimmt die Verwaltungsvorlage des Entwurfs des Wirtschaftsplanes der Volkshochschule 2021 gemäß § 7 Abs. 11 der Satzung der Volkshochschule Aachen einstimmig zur Kenntnis.

**zu 8 Wirtschaftsplan für den Kulturbetrieb E 49 für das Wirtschaftsjahr 2021
Vorlage: E 49.5/0003/WP18**

Der Ausschussvorsitzende Herr Linden weist das Gremium auf den geänderten Beschluss aus dem Betriebsausschuss Kultur und Theater vom 17.02.2021 hin, welcher in ausgedruckter Form vorliege.

Ratsherr Pilgram möchte für die Fraktion Die Grünen beantragen, dass der Wirtschaftsplan des Kulturbetriebs analog zu den weiteren Wirtschaftsplänen der Eigenbetriebe nicht empfohlen, sondern zur Kenntnis genommen werde, da dies der gängigen und verabredeten Vorgehensweise entspräche.

Herr Linden stimmt Ratsherrn Pilgram im Sinne einer einheitlichen Beratungsfolge zu. Beim Wirtschaftsplan des E 49 werde darüber hinaus die Kenntnisnahme erweitert um den geänderten Beschluss aus dem Betriebsausschuss vom 17.02.2021.

Frau Grehling bestätigt, dass die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe im Finanzausschuss zur Kenntnis genommen würden. Im Zuge des Tagesordnungspunktes Haushaltsplanberatungen werde sich die Beschlussfassung über die dahinter liegenden Zuschussbedarfe an die Eigenbetriebe anschließen.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Betriebsausschusses nimmt der Finanzausschuss den Wirtschaftsplan für den Kulturbetrieb E 49 für das Wirtschaftsjahr 2021 in der vorliegenden Fassung bei einer Enthaltung zur Kenntnis.

Ergänzend nimmt der Finanzausschuss den geänderten Beschluss zum Wirtschaftsplan für den Kulturbetrieb E 49 für das Wirtschaftsjahr 2021 aus der Sitzung des Betriebsausschusses Kultur und Theater vom 17.02.2021 bei einer Enthaltung zur Kenntnis.

zu 9 Wirtschaftsplan Eurogress Aachen 2021**Vorlage: E 88/0011/WP18****Beschluss:**

Der Finanzausschuss nimmt den Wirtschaftsplan 2021 für das Eurogress Aachen einstimmig zur Kenntnis.

zu 10 Haushaltsplanberatungen 2021 des Finanzausschusses**Vorlage: FB 20/0027/WP18**

Der Ausschussvorsitzende Herr Linden verweist auf den vorliegenden gemeinsamen Beschlussvorschlag der Fraktionen Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke, FDP und Die Zukunft.

Frau Grehling weist vor der Beschlussfassung darauf hin, dass zwischenzeitlich von der Finanzsteuerung auf Basis der in den Fachausschüssen bereits getroffenen Beschlüsse einschließlich der Veränderungen aus der Verwaltung, welche teilweise schon in den Videokonferenzen kommuniziert worden seien, ein vorläufiges Ergebnis berechnet worden sei. Sie betont, dass noch keine vollumfängliche Prüfung dieses Zwischenergebnisses vorgenommen werden konnte. Nach derzeitiger Berechnung läge der Eigenkapitalverzehr in der Mittelfristplanung bei 4,90 bis 4,99% und somit nur denkbar knapp unter der für die Genehmigung des Haushalts erforderlichen 5%-Grenze. Unter Einbeziehung weiterer Anträge außerhalb der Haushaltsplanberatungen, beispielsweise Linienenerweiterungen im ÖPNV oder Neuanmeldungen im Bereich Theater, würde die 5%-Grenze überschritten werden. Wie ein Ausgleich zum Erreichen der Genehmigungsfähigkeit des Haushalts auch auf Grund der kurzen Zeitspanne bis zur Verabschiedung des Haushalts erfolgen könne, sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht zu prognostizieren. In jedem Fall müsse mit Blick auf die bündelnde Finanzausschusssitzung am 16.03.2021 die Notwendigkeit einer zumindest teilweisen Korrektur der Beschlüsse in Betracht gezogen werden.

Ratsherr Pilgram weist darauf hin, dass aus Sicht der Fraktion Die Grüne in dem gemeinsamen Beschlussvorschlag die Position Mittel zur „Aktualisierung des Kulturellen Leitprofils“ aus dem Beschluss des Betriebsausschusses Kultur und Theater vom 17.02.2021 zum Wirtschaftsplan des E 49 (dort: Punkt «SINAME»

Ausdruck vom: 03.05.2021

Seite: 11/19

1. d) fehle. Gemäß des Beschlusses sollten im Wirtschaftsplan des Kulturbetriebs 50.000 Euro als eigene Position ausgewiesen werden. Er bittet folglich um die Erweiterung des Beschlussvorschlages zu den Haushaltsplanberatungen um diesen Punkt.

Ratsherr Baal möchte allen Beteiligten für die Erstellung der gemeinsamen Liste der Fraktionen danken. Diese sei nicht nur Resultat von viel Arbeit, sondern auch Ausdruck von gegenseitigem Vertrauen und Kompromissbereitschaft der Fraktionen zur Beibehaltung der kommunalen Handlungsfähigkeit. Die ersten beiden Seiten des Beschlussvorschlages seien einvernehmlich zwischen den Fraktionen abgestimmt, der Punkt auf Seite 3 „ÖPNV: Preiserhöhungen aussetzen für 1 Jahr“ werde von seiner Fraktion hingegen nicht mitgetragen. Zum Zwecke der Dokumentation der abweichenden Meinung seiner Fraktion diesbezüglich wünsche er eine separate Abstimmung dieses Punktes, während die weiteren Punkte der Liste gemeinsam abgestimmt werden könnten. Zur von Ratsherrn Pilgram geäußerten Bitte den Punkt „Aktualisierung des Kulturellen Leitprofils“ in den Beschlussvorschlag aufzunehmen spricht sich Ratsherr Baal dafür aus, dass dieser Punkt in Zusammenarbeit mit dem Kulturbereich und den Geschäftsstellen der Fraktionen nachkommuniziert werden müsse. Ggf. könne eine Nachschärfung in der Sitzung am 16.03.2021 erfolgen. Er habe die Kämmerin ohnehin so verstanden, dass in der bündelnden Sitzung noch detaillierter Nachjustierungsbedarf bestünde, da die Einhaltung der 5%-Grenze des Eigenkapitalverzehr gefährdet sei.

Ratsherr Pilgram argumentiert, dass der einstimmige Beschluss aus dem Betriebsausschuss Grundlage für den Beschlussvorschlag für die Haushaltsplanberatungen gewesen sei. Hier läge eine Eindeutigkeit vor. Deshalb sei für seine Fraktion nicht ersichtlich, warum diese Position nicht aufgenommen worden sei. Die Finanzierung des Leitprofils erachte er als wichtig an. Die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe würden sich gerade dadurch auszeichnen, dass alle Positionen klar definiert seien, womit sie sich vom Haushaltsplan der Stadt, bei dem durch Mittelbereitstellungen noch nachgesteuert werden könne, unterscheiden würden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Linden führt an, dass die Diskussion über den Punkt bekannt sei. Es gebe zwei Lesarten: Die eine besage, dass noch zusätzliche Mittel eingestellt werden müssten, die andere, dass die erforderlichen Mittel bereits im Wirtschaftsplan enthalten seien und dort nur noch entsprechend kenntlich gemacht werden müssten. Diese Frage sei noch ungeklärt und müsse in Zusammenarbeit mit dem Kulturbetrieb erörtert werden. Mit Blick auf die Möglichkeit der Nachsteuerung im bündelnden Ausschuss am 16.03.2021 unterstütze er den Vorschlag des Ratsherrn Baal zur Prüfung des Sachverhalts und Klärung bis zu genanntem Zeitpunkt.

Frau Grehling ergänzt, dass von Seiten der Finanzsteuerung ebenfalls eine Klärung vorgesehen sei. In dem Beschluss des Betriebsausschusses Kultur und Theater wäre die Formulierung so gewählt, dass die erforderlichen Mittel bereits vorhanden seien, im Wirtschaftsplan jedoch noch als eindeutig

«SINAME»

Ausdruck vom: 03.05.2021

Seite: 12/19

zweckgebunden ausgewiesen werden müssten. Im Übrigen würde sie sich darüber freuen, wenn die enge Auslegung der Wirtschaftspläne, wie von Ratsherrn Pilgram dargestellt, bei den Eigenbetrieben auch vorgenommen würde. Die Praxis sehe mitunter anders aus. Sie gibt ferner den Hinweis, dass im Beschlussvorschlag der Fraktionen zu den Haushaltsplanberatungen beim Punkt „Index Gehälter Kulturbetrieb“ Mittel in Höhe von 280.000 Euro aufgeführt seien und somit im Widerspruch zum Beschluss des Betriebsausschusses stünden, in dem von 208.400 € die Rede sei, so dass dieser Wert im Beschlussvorschlag zu den Haushaltsplanberatungen noch zu korrigieren sei.

Ratsherr Pilgram erläutert, dass aus seiner Sicht die Eindeutigkeit im Beschluss des Betriebsausschusses gegeben sei und verweist in dem Zusammenhang auf den Satz „Der Zuschuss an den E 49 ist gem. der o.a. Punkte a) - d) um die genannten Summen zu erhöhen“.

Der Ausschussvorsitzende Herr Linden greift den Vorschlag des Ratsherrn Baal auf, zunächst eine Einzelabstimmung des Punktes „ÖPNV: Preiserhöhungen aussetzen für 1 Jahr“ vorzunehmen. Im Anschluss erfolge die gebündelte Abstimmung über die weiteren Beschlussvorschläge der Fraktionen sowie dem Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Frau Grehling erläutert vor der Abstimmung, dass in Bezug auf die gemäß Liste der Fraktionen vorgesehene Corona-Isolierung einzelner Positionen unter Auslegung des entsprechenden Gesetzes nicht in voller Höhe oder bei einzelnen Positionen gar nicht vorgenommen könne und diese somit in voller Höhe den städtischen Haushalt belasten würden. Dies beziehe sich zum einen auf die Aussetzung der Preiserhöhung im ÖPNV, deren Belastung vollständig vom Haushalt zu übernehmen sei sowie die Erstattung der School-&Funtickets, die nur hälftig haushaltsrechtlich isoliert werden könne.

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt mehrheitlich bei einer Einhaltung die Teilergebnispläne der dem Ausschuss zugeordneten Produkte (ausschließlich der Personalaufwendungen) entsprechend dem Haushaltsplanentwurf 2021 nebst mittelfristiger Finanzplanung 2022 bis 2024 inklusive der 1. Veränderungsnachweisung.

Der Finanzausschuss beschließt darüber hinaus mehrheitlich bei einer Enthaltung, die im Teilfinanzplan 2021 veranschlagte konsumtive Finanzplanung und die Investitionsplanung der zugehörigen Produkte inklusive der 1. Veränderungsnachweisung.

Der Finanzausschuss beschließt abschließend mehrheitlich bei einer Enthaltung die zugehörigen Produktblätter.

Darüber hinaus beschließt der Finanzausschuss mehrheitlich bei einer Enthaltung den gemeinsamen Beschlussvorschlag der Fraktionen, Seiten 1 und 2 mit folgender Korrektur:

«SINAME»

Ausdruck vom: 03.05.2021

Seite: 13/19

Position „Zuschuss E49: Index Gehälter Kulturbetrieb“: 208.400 € anstelle von 280.000 € (im Jahr 2021).

Ferner beschließt der Finanzausschuss in einer Einzelabstimmung mehrheitlich bei fünf Gegenstimmen den gemeinsamen Beschlussvorschlag der Fraktionen, Seite 3 mit folgender Korrektur:

Position „ÖPNV: Preiserhöhungen aussetzen für 1 Jahr“: 183.000 € anstelle von 0 € (im Jahr 2022).

zu 11 Geprüfter Jahresabschluss 2018/2019 von Stadttheater und Musikdirektion Aachen per 31.07.2019

Vorlage: E 46/47/0001/WP18

Beschluss:

Der Finanzausschuss nimmt den geprüften Jahresabschluss 2018/2019 von Stadttheater und Musikdirektion Aachen per 31.07.2019 einschließlich des Lageberichts einstimmig zur Kenntnis.

zu 12 Ratsantrag Nr. 565/17 der Ratsfraktion der GRÜNEN vom 25.11.2019 zur Erweiterung der Zielfeldkarte zum Haushalt um das Thema "Klimaschutz"

Ratsherr Pilgram erläutert, dass seiner Fraktion aufgrund der bereits erfolgten Diskussionen beim letzten Online-Meeting bewusst sei, dass kein Entscheidungsbeschluss im Finanzausschuss getroffen werden könne. Wunsch der Grünen sei vielmehr eine Verweisung auf den Hauptausschuss oder Rat aufgrund der dort gegebenen Zuständigkeit. Die Zielfeldkarte weise gegenwärtig vier Ziele auf. Dem Thema Klimaschutz werde immer größerer Bedeutung beigemessen, was sich auch in der inhaltlichen Diskussion der letzten Zeit widerspiegele und auch im Haushalt abgebildet sei. Die Zielfeldkarte diene der Identifikation grundsätzlicher Ziele städtischen Handelns. Hierzu müsse der Klimaschutz mittlerweile zweifellos hinzugezählt werden. Aus dem Grund sei aus Sicht seiner Fraktion daher die Empfehlung der Erweiterung der Zielfeldkarte um das Thema Klimaschutz inklusive der vier aufgeführten Unterpunkte sowie die anschließende Beschlussfassung im Rat wichtig. Hierzu bitte er das Gremium um zustimmende Empfehlung.

Ratsherr Baal argumentiert, dass der bereits aus 2019 stammende Ratsantrag im falschen Ausschuss gelandet sei. Seinerzeit sei die Thematik der Zielfeldkarte ausführlich im Hauptausschuss diskutiert worden. Er empfehle daher, um den Antrag alsbald behandeln zu können, eine Verweisung des Ratsantrags auf den Hauptausschuss oder den Rat der Stadt Aachen. Eine Zuständigkeit des Finanzausschusses können jedenfalls nicht festgestellt werden, daher könne auch keine Empfehlung vorgenommen werden. Ratsherr Pilgram entgegnet, dass über die Zuständigkeiten diskutiert werden könne. Dass die Zielfeldkarte in der Vergangenheit im Hauptausschuss thematisiert worden sei, wäre kein zwingendes Argument dafür, dass dies heute ebenfalls so sein müsse. Es sei von seiner Seite aus bereits gesagt worden, dass der Finanzausschuss nicht die Entscheidung treffen könne. Da jedoch im Finanzausschuss der Haushalt

«SINAME»

Ausdruck vom: 03.05.2021

Seite: 14/19

beraten werde, was auch die Ziele haushalterischen Handelns einschlieÙe, könne daraus die entsprechende Zuständigkeit abgeleitet werden. Es sei darüber hinaus keinesfalls schädlich, eine Beratung in mehr Ausschüssen vorzunehmen als aufgrund der Zuständigkeitsordnung erforderlich sei. Aus diesem Grund erneuere den Appell an die weiteren Fraktionen, die Empfehlung im Ausschuss auszusprechen.

Frau Grehling erläutert, dass die Zielfeldkarte als eine Art Leitbild der Stadt Aachen zu verstehen sei. Die umfangreichen Diskussionen und die damit einhergehende Festlegung der Zielfeldkarte sei seinerzeit aus diesem Grund nicht im Finanzausschuss, sondern im Hauptausschuss erfolgt. Analog müsse es sich nun bei einer möglichen Erweiterung der Zielfeldkarte verhalten. Die finanziellen Handlungsspielräume würden lediglich ein Zwischenziel darstellen, nicht jedoch von übergeordneter Bedeutung sein. Mit den festgelegten Zielen sei im Wesentlichen auch die wirkungsorientierte Steuerung des Haushalts verbunden. Durch die Weiterentwicklung des NKF (2. NKFVG) sei die gesetzliche Notwendigkeit der Abbildung von Zielen und Kennzahlen im Haushalt entfallen. Bei der Stadt Aachen werde diese jedoch - in Form der Produktblätter - auf freiwilliger Basis fortgeführt. Die Verantwortung über den Inhalt dieser Produktblätter würde dabei den jeweiligen Fachausschüssen obliegen.

In dem Zusammenhang informiert Frau Grehling, dass ein weiterer Ratsantrag eingegangen sei, welcher das Ziel der Abbildung der Klimarelevanz von Haushaltspositionen beinhalte. Auch dies sei nicht typischerweise eine Frage des Haushalts an sich. Bei der Darstellung des Haushaltsplans seien formale, gesetzliche Vorgaben einzuhalten. Es bestünde jedoch die Möglichkeit, in den jeweiligen Fachausschüssen entsprechende Zielvorgaben zu machen. Dies wäre wiederum über die Darstellung der Ziele in den Produktblättern zu kennzeichnen.

Hinsichtlich der Erweiterung der Zielfeldkarte wiederhole sie die Aussage aus der letzten Videokonferenz bezüglich der Nichtzuständigkeit des Finanzausschusses. Gerne sei man jedoch der Bitte nachgekommen, Diskussionen über den Punkt im Finanzausschuss zu ermöglichen und habe deshalb den Antrag auf die Tagesordnung nehmen lassen. Aufgrund der gesamtstädtischen Bedeutung der Angelegenheit wäre jedoch eine Beschlussfassung im Rat auszusprechen.

Ratsherr Baal unterbreitet mit dem Ziel, dass der Ratsantrag baldmöglichst behandelt wird und nicht verloren gehe, den Vorschlag, diesen auf die Ratssitzung am 24.03.2021 zu verweisen. Eine inhaltliche Äußerung zum Antrag werde von seiner Fraktion aus diesem Grund auch zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht erfolgen. Er weist ausdrücklich darauf hin, dass damit keine inhaltliche Bewertung zum Antrag einhergehe, sondern dies ausschließlich darauf zurückzuführen sei, dass der Antrag im korrekten Gremium zu behandeln sei. Er bittet die weiteren Ausschussmitglieder*innen eindringlich darum, dass dies im Nachgang zur Sitzung aus dem Gebot der Fairness auch nicht falsch kommuniziert werde, da sonst Streitigkeiten zwischen den Fraktionen zu befürchten seien, was insbesondere vor dem Hintergrund der Verabschiedung des Haushalts unbedingt zu vermeiden sei.

«SINAME»

Ausdruck vom: 03.05.2021

Seite: 15/19

Frau Göddenhenrich-Schirk (sachk. Bürgerin) hält den Vorschlag des Rats Herrn Baal, den Antrag auf die nächste Ratssitzung am 24.03.2021 zu verweisen, für eine gute Idee und schließt sich diesem entsprechend an. Dies betreffe ausdrücklich den Ratsantrag zur Erweiterung der Zielfeldkarte, nicht jedoch den bezüglich der Darstellung der Klimarelevanz von Haushaltspositionen, welcher nicht Bestandteil der Tagesordnung des Finanzausschusses sei.

Herr Dr. Sinning (sachk. Bürger) bittet ebenfalls um eine Verweisung des Antrags auf die nächste Ratssitzung.

Beschluss:

Der Finanzausschuss nimmt den Ratsantrag Nr. 565/17 der Ratsfraktion der GRÜNEN vom 25.11.2019 einstimmig zur Kenntnis und verweist den Antrag zuständigkeitshalber an den Rat der Stadt Aachen, Sitzung am 24.03.2021.